Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,50 Mk., bei Postbestellung 2 Mk. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Pfg. Alle Postanstalten Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 5gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 2gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennige. Vorgeschriebener Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen.

Nr. 189 — 83 Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Donnerstag, 14. August 1924

Das Lösegeld.

Wenn man englischen und französischen Blättern glauben darf, dann nähert sich die Londoner Konferenz ihrem Ende. Überall macht sich dabei ein außerordentlich großer Optimismus bemerkbar. Auch Herriot ist nach seinem Pariser Erfolge sehr zuversichtlich. Er sprach direkt die Meinung aus, daß der kritische Wendepunkt jetzt umgangen sei und der Erfolg der Konferenz als gesichert gelten könne. Auch im Rat der Vierzehn soll jedermann das Gefühl haben, daß die Ereignisse der letzten Tage einen glänzenden Fortschritt bedeuteten, der auf das Konto des guten Willens und der vorbildlichen Zusammenarbeit der Delegierten zu setzen sei. Nach „Evening News" hätten auch ausländische Beobachter erklärt, daß noch nie seit dem Kriege soviel guter Wille vorhanden gewesen wäre, wie er jetzt unter den Konferenzteilnehmern herrsche.

Was ist nun der Grund zu dieser guten Stimmung? Das Ruhrproblem selbst ist als eigentlicher Verhandlungsgegenstand ausgeschaltet, so daß dadurch keine unliebsamen Überraschungen zu erwarten sind. Die deutschen Delegierten haben mit Franzosen und Belgiern direkte Verhandlungen darüber begonnen, die bisher vielversprechend verlaufen sein sollen. Herr Macdonald sah sich sogar veranlaßt, sofort, nachdem ihm Herriot vom Stande der Verhandlungen Mitteilung gemacht hatte, dem König Georg eingehend Bericht zu erstatten.

Ob wir so zufrieden sein können, ist eine andere Frage. Eine gewisse Besserung läßt sich allerdings konstatieren, wenn man es als einen Fortschritt ansieht, daß Frankreich sich schon etwas abhandeln ließ. So besteht Herriot nicht mehr auf den zwei Jahren der weiteren Ruhrbesetzung. Er will sich mit einem Jahre begnügen und auch noch diese Frist verkürzen, wenn noch gewisse Zugeständnisse gemacht werden. Darin liegt aber für uns die Gefahr, ganz abgesehen davon, daß Herriot noch nicht die einfachste Konsequenz zog, die es gibt, zu erklären, daß die restlose Annahme des Dawesplanes die sofortige Räumung zur Folge haben wird. Von einem schlechten deutschen Willen können doch jetzt auch nicht einmal mehr die Franzosen sprechen, wo man, wie es oben angedeutet wurde, solchen guten Willen allen Konferenzteilnehmern zubilligte.

Aus der Versenkung taucht jetzt auf einmal wieder die Frage der Sicherheit Frankreichs auf. Das französische Bureau „Havas" kann melden, daß die französische öffentliche Meinung sich jetzt nur noch wegen der Entwaffnung Deutschlands Gedanken macht. Die halb offiziöse Agentur fordert in diesem Zusammenhange, es solle mit den deutschen Ministern in London ein Meinungsaustausch eingeleitet werden, damit die Tätigkeit der interalliierten Militärkontrollkommission unverzüglich wiederaufgenommen werden könne. Damit würde dann das schon seinerzeit gegebene Versprechen wieder hinfällig werden, daß die jetzt im Gange befindliche Durchprüfung der Bewaffnungsfrage in Deutschland bei befriedigendem Ausfall die letzte Kontrollmaßnahme der Kommission sein würde. Bei den engen Beziehungen von „Havas" zu der französischen Regierung kann man annehmen, daß hier die Meinung der leitenden Kreise Frankreichs ausgesprochen ist.

Aber Frankreich ist nicht so bescheiden, um sich mit einem Preise zu begnügen. Es hält weiter zäh an dem Gedanken wirtschaftlicher Vorteile fest. Wo diese hinauswollen, ist jetzt klar, nachdem Herr Clementel Herrn Stresemann das französische Memorandum mit den diesbezüglichen französischen Wünschen übergeben hat. Darin wird für den neuen Handelsvertrag die Meistbegünstigung und die Austauschlieferung von lothringischen Erzen gegen Ruhrkohle verlangt. Darüber ließe sich ja möglicherweise reden. Weniger unbedenklich ist aber eine weitere Forderung nach Sicherstellung von Sachlieferungen, namentlich in Farbstoffen. Hier hat sich die deutsche Delegation bisher stets ablehnend verhalten, weil sie meint, daß die Reichsregierung auf die Privatindustrie keinen Druck ausüben kann. Was aber Frankreich wirklich damit bezweckt, verrät ein französisches industrielles Blatt, das es fertig bringt, die Lieferung von Farbstoffen direkt in Verbindung mit der Sicherheit Frankreichs zu bringen. Es sucht seinen Landsleuten und der Welt den Gedanken an billige Lieferung dadurch schmackhaft zu machen, daß es durchblicken läßt, welche Kontrolle Frankreich dadurch unter Umständen über die ganze deutsche Farbenindustrie hat.

Um sich ein klares Bild zu machen, muß man natürlich erst die Entwicklung abwarten. Aber soviel ist schon zu sagen, daß das Lösegeld für die widerrechtlich besetzten Gebiete kein geringes sein wird. Die Eisen, die Frankreich im Feuer hat, kommen allmählich zum Vorschein, und wir wissen ja aus Erfahrung, daß Frankreich uns damit recht empfindlich brennen will, zumal der deutsche Wille erkennbar ist, für die endliche Befreiung der schwer geprüften Landesteile selbst die größten Opfer zu bringen. Das darf aber nicht dazu führen, daß Deutschland sich zu unwürdigen Kompensationen bereit erklärt.

Ruhrräumung u. deutsch-französischer Handelsvertrag

Verhandlungen Dr. Luthers mit Clementel.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

London, 13. August. Der deutsche Finanzminister Dr. Luther hat gestern nachmittag eine zweistündige Unterredung mit dem französischen Finanzminister Clementel gehabt. Der deutsche Sachverständige Trendelenburg war bei der Unterredung zugegen. Sie bezog sich auf die Voraussetzungen auf die Unterzeichnung eines deutsch-französischen Handelsvertrages. Nach einer Havasmeldung wurde beschlossen, daß zwischen beiden Ländern bis zum Abschluß eines eigentlichen Vertrages im November ein Vertrag zur Geltung kommen soll, dessen Umrisse in London noch vor Ausgang der Konferenz festgelegt werden sollen. Der Direktor im Pariser Handelsministerium Serrus ist mit der Abfassung eines Handelsvertragsentwurfs beauftragt und bereits nach London beordert worden. Serrus wird von Seydoux, dem Unterdirektor im Handelsministrium, begleitet und mit dem deutschen Sachverständigen Trendelenburg konferieren. Ein prinzipielles Abkommen wird in London getroffen werden. Am 1. November werden deutsche und französische Bevollmächtigte zusammentreten, um den definitiven Handelsvertrag aufzuzeichnen.

Französischer Räumungsplan.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Paris, 13. August. Der Londoner Sonderberichterstatter des „Matin" ist in der Lage, den endgültigen französischen Plan zur Räumung des Ruhrgebietes mitzuteilen. Er lautet dahin: Die Räumung des Ruhrgebietes erfolgt nicht vor Ablauf eines Jahres. Eine kürzere Frist reicht nicht aus, um festzustellen, ob die Anwendung des Sachverständigenberichtes möglich ist. Die Räumung wird im gegebenen Augenblick mit einem Male vorgenommen. Die Idee einer schrittweisen Räumung ist aufgegeben worden. Der Plan deckt sich zum größten Teil mit den Anregungen des Generals Nollet. Havas meldet ergänzend, daß Frankreich und Belgien gestern abend übereingekommen sind, die Truppen nach Zahlung der ersten in dem Sachverständigengutachten vorgesehenen Jahresleistungen nach Ablauf eines Jahres aus dem Ruhrgebiet zurückzuziehen. Es ist anzunehmen, daß der französische Plan im Verlaufe der Besprechung, zu der die französischen, belgischen und deutschen Minister um ½11 Uhr zusammentreten, zur Sprache gebracht wird. Alles deutet darauf hin, daß die Sitzung einen entscheidenden Verlauf nehmen dürfte. Sie dürfte in der Downing-Street abgehalten werden.

Die Times für die Ruhrräumung.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

London, 13. August. Die „Times" schreibt über den gegenwärtigen Stand der Konferenz: Die Reparationskommission scheint wieder einmal zwischen zwei Meinungen zu schwanken. Die Frage der militärischen Räumung überschattete die Konferenz. Aber es ist eine merkwürdige Tatsache, daß seitdem diese Frage aus dem Hintergrund in den Vordergrund getreten ist, die Konferenz selbst in den Untergrund versunken ist. Der Artikel schließt mit den Worten: Jeder Versuch, die Trupen an der Ruhr zurückzubehalten, wird es höchst schwierig, wenn nicht unmöglich machen, die Anleihe unterzubringen, auf der der ganze Plan beruht. Der Plan der militärischen Räumung sollte freimütig und einfach sofort erledigt werden.

Zwischenfall auf der gestrigen Konferenz.

(Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".)

London, 13. August. Auf der gestrigen Vollkonferenz vertrat der Reichsfinanzminister Dr. Luther in der Frage des Transfer energisch den deutschen Standpunkt. Im Laufe der Diskussion kam es zu folgender Auseinandersetzung zwischen Herriot und Snowden. Herriot, der während einer Rede von Snowden unterbrochen wurde, bemerkte: Ich vertrete eine interalliierte These, die bereits zwischen den Alliierten diskutiert worden ist. Snowden erwiderte: Dann sehe ich nicht ein, warum die Deutschen eingeladen wurden, worauf die Antwort von Herriot lautete: Ich habe die Bemerkungen von Dr. Luther angehört und werde mit ihm diskutieren, aber nicht mit ihnen. Macdonald warf dem Schatzkanzler einen mißbilligenden Blick zu, worauf dieser auf die Fortsetzung des Wortwechsels verzichtete. Der Zwischenfall war damit erledigt.

Auch der Bericht der 3. Kommission fertig

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

London, 13. August. Die Sachverständigen haben gestern abend eine Verständigung über den Bericht der dritten Kommission erzielt. Der Bericht wird morgen von der Konferenz gutgeheißen werden.

Die Wühlarbeit der Poincaristen.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Paris, 13. August. Pertinax schreibt im „Echo de Paris": Herriot zeigte vorgestern das Benehmen eines siegreichen Generals. Heute ist eine Aenderung eingetreten und er ist von neuem mutlos geworden. Der Ministerpräsident hat erfahren müssen, daß einflußreiche Politiker, auf deren Unterstützung er für die bevorstehende parlamentarische Aussprache rechnete, in entschiedener Weise gegen ihn Stellung genommen haben.

10 v. H. für die Anleihe?

London, 13. August. In den Bankkreisen der City fanden gestern besondere Verhandlungen über die Anleihebedingungen statt. Es wird jetzt im allgemeinen mit einem Zinssatz von 10 Prozent (!) gerechnet.

Deutsch-französische Verhandlungen in Paris?

London, 12. August.

Der deutsche Minister Dr. Stresemann verhandelte außer mit Herriot auch längere Zeit mit dem französischen Delegierten Clementel. Es soll dabei vereinbart worden sein, daß die Verhandlungen über den Abschluß eines Handelsvertrages zwischen Deutschland und Frankreich, dessen Grundzüge jetzt in London festgelegt werden sollen, am 1. Oktober in Paris beginnen.

Die Franzosen verfolgen zunächst den schon bekannten Plan, lothringisches Erz und Ruhrkohle in Form einer Interessengemeinschaft zu verbinden. Dann aber verlangt Frankreich, daß die Kontingente Elsaß-Lothringens, die nach dem Versailler Vertrag nach Deutschland ohne Zollschranken eingeführt werden können, vergrößert werden. Auch soll Deutschland Fristenverlängerungen zugestehen, da die Termine abzulaufen beginnen. Am 10. Januar 1925 erhält Deutschland seine Handlungsfreiheit in Wirtschaftssachen zurück und die Meistbegünstigung für Frankreich würde erlöschen. Dafür will man in Paris Vorsorge treffen und eventl. Gegenleistungen in der Ruhrfrage bieten. Leider will Frankreich auch günstige Bedingungen für seine Ausfuhr an Luxuswaren dabei erzielen.

Die Militärkontrolle.

Entscheidungen über die Frage der interalliierten Militärkontrolle erwartet man in der augenblicklichen Sitzung der Konferenz. Die Vorschläge der französischen Delegation laufen dahin: Die interalliierte Kontrollkommission hat die Durchführung der Generalinspektion der deutschen Abrüstung unverzüglich in die Wege zu leiten. Angemeldete Kontrollbesuche werden während eines Monats stattfinden. Nach Ablauf dieser Frist werden unangemeldete Besuche drei Monate lang erfolgen, wenn die Kontrollkommission es für notwendig halten sollte.

Schwere Anleihebedingungen.

In Londoner Bank- und Handelskreisen fanden die ersten Besprechungen über die deutsche Anleihe statt. Der Zinsfuß wurde allgemein auf 7 % geschätzt, der Ausgabekurs auf 93 %. Wenn diese Bedingungen Tatsache werden sollten, so müßten sie als recht harte bezeichnet werden. Amerika hat in jüngster Zeit der Schweiz und Großbritannien Anleihen zu 5 und 5½ % gewährt, einer Reihe von Stadtverwaltungen, ferner Holland, Belgien und Norwegen nur je 6 % abgenommen. Und auch die Anleihe für Österreich hat nominal nur 7 % gekostet und ist zu höherem Kurse aufgelegt worden, obwohl die Sicherheiten in allen vorliegenden Fällen zweifellos mit denen der durch das Dawes-Gutachten festgelegten Deutschlands nicht verglichen werden können.

(Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".)

Einladung nach Paris.

London, 12. August. Der französische Minister Clementel soll an den Reichsaußenminister Stresemann bereits eine offizielle Einladung an Deutschland zu deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen nach Paris gerichtet haben. In der Einladung werde ausdrücklich betont, daß die Verhandlungen auf der Grundlage der vollen Gleichberechtigung und mit der Absicht des loyalen Entgegenkommens seitens Frankreichs geführt werden sollen.

Französische Forderungen.

London, 12. August. Der französische Finanzminister Clementel hat Stresemann ein Memorandum über den deutsch-französischen Handelsvertrag überreicht, das laut „Daily Telegraph" in der Hauptsache zwei Punkte enthält: 1. die französische Forderung auf Exporterleichterungen in der gegenseitigen Ausfuhr für Produkte gleichwertiger Art und 2. die weitere französische Forderung auf Verlängerung derjenigen Bestimmungen im Versailler Vertrag, nach denen das Deutsche Reich den Produkten der Textil- und anderer Industrien in Elsaß-Lothringen eine gewisse Vorzugsbehandlung angedeihen lassen muß.

Das Konferenzende hinausgeschoben.

London, 12. August. Das Ende der Konferenz ist vorläufig wieder ganz ins Ungewisse geschoben. Da aber der 15. August ein hoher katholischer Feiertag ist, legen die Belgier Wert darauf, vorher noch fertig zu werden, weil sonst die Arbeiten der Konferenz drei Tage hintereinander, infolge des unmittelbar darauffolgenden Sonntags, lahmgelegt wären.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF